



Verspieltes Vertrauen und Wortbruch auf jamaikanisch

Drohender Machtverlust und Parteitaktik fordern neues Sonderopfer für hessische Polizeibeamtinnen und -beamte



Jörg
Bruch-
müller

„Nichts geht mehr“, heißt es beim Roulette. „Nichts gilt mehr“, könnte man mittlerweile ergänzend hinzufügen, wenn es um die Glaubwürdigkeit einiger Landespolitiker gegenüber den Beschäftigten der hessischen Polizei geht.

Alles war klar und abgemacht, dachten zumindest die Gewerkschaftsvertreter nach den erfolgreichen Tarifverhandlungen mit dem Innenminister im Frühsommer. Das Tarifergebnis sollte im Laufe des Jahres eins zu eins auf den Beamtenbereich übertragen werden. Als Gesetzesinitiator ließ Innenminister Bouffier zunächst auch keinen Zweifel an diesem

Vorhaben erkennen. Dumm ist nur, dass sich die CDU-Fraktion gegen ihren eigenen Vorschlag stellte und bei Enthaltung der FDP gemeinsam mit den Grünen für deren Gesetzentwurf votiert.

Das Ergebnis ist bekannt: Für den gehobenen Dienst erfolgt die lineare Erhöhung nicht ab dem 1. Januar (Tarifergebnis), sondern erst ab dem 1. April und für den höheren Dienst sogar erst ab dem 1. Juli 2008.

Dies ist nicht nur ein erneutes Sonderopfer, sondern gleichermaßen ein Schlag ins Gesicht für alle hessischen Polizeibeamtinnen und -beamten. Offensichtlich sind gegenwärtig nur noch die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in der Lage den Haushalt zu sanieren.

Andere Ideen zur Haushalts-sanierung – Fehlannonce!

Dieser Vorgang ist offensichtlich einem drohenden Machtverlust und einer hektischen Parteitaktik von Union und Grünen geschuldet. Dies ist gleichermaßen grotesk und peinlich zugleich. Warum? Noch im Innenausschuss wurde von Innenminister Volker Bouffier (CDU) der Gesetzesvorschlag der Grünen vehement abgelehnt, aber wenige Tage später bei der Abstimmung im Plenum war es

mit der Vehemenz vorbei. Dabei haben wir nicht vergessen, dass vor der Landtagswahl 2003 aus gleichen Kreisen versprochen wurde, dass es kein Sonderopfer mehr für Beamtinnen und Beamte gebe.

Ist das kein Wortbruch?

Offensichtlich ist den Grünen bei ihrem Einsparmodell dies ebenso verborgen geblieben, wie der Umstand, dass rund 80 Prozent aller Polizeibeamtinnen und -beamten in A9 BBO und A10 BBO, also in den Eingangssämtern des gehobenen Dienstes wiederzufinden sind. Die Kolleginnen und Kollegen sind über das Vorenthalten der dringend erforderlichen Einkommensverbesserung bitter enttäuscht!

CDU und Grüne haben die hessischen Polizeibeamtinnen und -beamten erneut zu Sparschweinen degradiert.

Wieder einmal bewahrheitet sich die Aussage:

Was sind Politikerworte wert, wenn sie die Qualität und Einsatzbereitschaft der hessischen Polizei loben können. Wenn es zum Schwure kommt, ist „Kollege Polizist“ mal wieder der Dumme!

Jugendgewalt und Jugendkriminalität

Aufgeblasenes Medienereignis oder Grenzbereich polizeilicher Aufgabenbewältigung?

In Zusammenarbeit mit dem GdP-Bezirk BKA veranstaltet die GdP Hessen am **Donnerstag, 6. November 2008, 10.00 bis gg. 16.30 Uhr, im Saalbau, Frankfurt-Griesheim, Clubraum 1** (Schwarzerlenweg 57, 65933 Frankfurt a. M.),

eine Tagesveranstaltung zum Thema: **Jugendgewalt und Jugendkriminalität.**

Anfang des Jahres schockten Fernsichtbilder über brutale Gewalt von Jugendlichen die Bürgerinnen und Bürger. Die Meinungen darüber reichten von stärkerer

Repression bis hin zur deutlichen Ausweitung der Prävention.

Die Frage, die sich stellt: Was kann aus polizeilicher Sicht getan werden und wie

Fortsetzung auf Seite 2



... Fortsetzung folgt!

Unglaublich aber wahr! Auch diesmal hatten wir den Wettergott auf unserer Seite. Langsam glaube ich, dass er einer von uns ist! Milde Temperaturen, fabelhafter Sternenhimmel und ein hell leuchtender Mond in Verbindung mit netten Kolleginnen und Kollegen, super Musik und reichlich Getränke waren ein besonderes Highlight dieser COPS-AFTERWORK-PARTY.

Fast pünktlich um 20.10 Uhr mit 225 Passagieren an Bord legte die „Robert Stolz“ von der Anlegestelle der Wasserschutzpolizei in Mainz-Kastel in Fahrtrichtung Gernsheim ab.

Es trafen sich Kolleginnen und Kollegen des BKA sowie der verschiedenen Präsidien. Ja, sogar zwei Austauschkollegen aus Frankreich waren dabei. Für unsere neuen Kollegen des GI und GdP-Mitglieder war die Fahrt kostenlos.

Auch diesmal zeigte sich die COPS-AFTERWORK-PARTY als Ausflugsziel manch einer Dienstgruppe. Die meistvertretere geschlossene Dienstgruppe an Bord war 2007 die Hubschrauberstaffel und nun das Einsatzkommando des PP Westhessen, das für seinen Teamgeist mit einem Warengutschein in Höhe von 30 Euro belohnt wurde. Unser Partner SIGNAL-IDUNA sponserte für eine



Eine tolle Stimmung herrschte an Bord der Robert Stolz.

Verlosung, an der ausschließlich GdP-Mitglieder teilnehmen konnten, zwei Eintrittskarten für das Bundesligaspiel Borussia Dortmund gegen Eintracht Frankfurt. Die charmante Glücksfee Annerose Peter zog drei Finalisten aus dem Topf. Zum Schluss gewann mit der Los-Nr. 149 unsere Kollegin Friederike Löffler, Bezirksgruppe Südosthessen, die Bundesligakarten. Einen Trostpreis (je ein T-Shirt) erhielten die Kollegen Julian Schmitt (P II) und Mathieu Wolf (P I).

Zu Beginn versammelten sich alle über Deck, zu später Stunde dann unter Deck auf der Tanzfläche. Spätestens dort traf auch der Letzte einen netten Tanzpartner.

Und wenn die Stimmung am Höhepunkt ist, ist meistens Ende der Party! So war es auch diesmal. Gegen 00.20 Uhr

legten wir mit schönen Erinnerungen und einer strapazierten Crew wieder in Mainz-Kastel an.

Zum Abschluss noch ein kleiner Wermutstropfen: Wir mussten vielen Kolleginnen und Kollegen absagen, die dann doch hätten teilnehmen können, wenn die Passagiere, die sich angemeldet hatten, auch alle gekommen wären.

Eine Bitte: In den kommenden Jahren bitte nur anmelden, wenn man auch teilnehmen will, oder rechtzeitig wieder absagen. Der/Die nachrückende Kollegin/Kollege freut sich!

**Antonio Pedron
JUNGE GRUPPE**



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Hessen

Geschäftsstelle:
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden
Telefon (06 11) 99 22 7-0
Telefax (06 11) 99 22 7-27

Redaktion:
Ewald Gerk (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Hessen
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Anzeigenleiter: Daniel Dias
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 31
vom 1. Januar 2008

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6446



Die COPS-AFTERWORK-PARTY macht Spaß.

Fortsetzung von Seite 1

muss es getan werden, um diesem Phänomen zu begegnen. Wo liegen die Grenzen polizeilicher Handlungsmöglichkeiten?

Die GdP möchte bei dieser Tagesveranstaltung Schutzpolizisten vor Ort zu Wort kommen lassen, die ihre Alltagsarbeit und ihre Erfahrungen mit Jugendkriminalität und jungen Gewalttätern schildern, aber auch Vertreter von Spezialeinheiten wie der AG Jaguar und der EG Kompass (angefragt) berichten über ihre Projekte. Abgerundet wird die Tagung mit einem Vortrag von Frau Jacqueline Kempfer, wissenschaftliche Mitarbeiterin im Fachbereich Rechtswissenschaften an der Uni Marburg.

Der detaillierte Ablaufplan der Veranstaltung ist auf unserer Homepage (www.gdp.de/hessen) veröffentlicht.



COPS-AFTERWORK-PARTY



Impressionen
von der Party



Unsere Proteste und Schreiben haben Erfolg gezeigt!

Um was geht es? Das Jahressteuergesetz 2007 hatte für Januar 2008 eine Änderung bei der Besteuerung der Zusatzversorgung (VBL) erlaubt. Die Neuregelung beinhaltete zwei Verfahrensweisen, die wahlweise bei der Berechnung der erforderlichen Besteuerung durch den Arbeitgeber angewandt werden konnte.

Während die anderen Bundesländer als Mitglieder der TdL der Empfehlung der Ländergemeinschaft gefolgt sind und schon 2008 das so genannte „Verteilermodell“ angewandt haben, hatte Hessen sich für das „Aufzehrmodell“ entschieden.

Dies hatte zur Folge, dass bei vielen Kolleginnen und Kollegen z. B. seit April 2008 (bei geringeren Vergütungs- und Lohngruppen erst ab Mai oder Juni)

trotz der Tarifierhöhung von damals 2,4 Prozent (von der CDU diktierte Tarifierhöhung) weniger Geld auf dem Konto ankam. In einigen Fällen handelte es sich um Beträge von über 70 Euro, die weniger zur Verfügung standen.

Die Bezügestelle in Kassel wurde mit Anrufen überschwemmt. Viele glaubten, dass ein Fehler bei der Gehaltsabrechnung vorliegen würde. Die Kolleginnen und Kollegen wurden auf die Homepage der Bezügestelle verwiesen. Dort konnte jeder erfahren, dass alles seine Richtigkeit habe und die Verfahrensweise mit dem Aufzehrmodell auf Dauer gesehen keine Nachteile mit sich bringen würde.

Die Gehaltsabrechnung sagte etwas anderes! Die von Hessen gewählte

Verfahrensweise der Besteuerung der VBL, der Grund für die Aufregung, erwies sich als Nachteil für alle Arbeitnehmer. Wir waren wieder einmal die Dummen, die durch die höhere Besteuerung zur Kasse gebeten wurden! Laut den offiziellen Aussagen, hat das Land über 600,00 Euro auf unsere Kosten eingespart.

Ab Januar 2009 wird nun, wie auch in den anderen Bundesländern, das Verteilermodell angewandt. Die Kürzungen, die ab April erfolgten, sind damit vom Tisch. Besser später als nie ist die Devise – die Nachricht gefällt uns. **Vielleicht ein erster Schritt zurück in die TdL.**

*Erika Büttner
Wiesbaden*

MODERNES DIENSTRECHT

In Hessen noch immer nicht auf dem Weg!

Dringend notwendige Reformen im hessischen Dienstrecht kommen auf Grund der aktuellen gesamtpolitischen Situation nicht in Gang.

Wen wundert es, wenn nach den Irrungen und Wirrungen rund um die „Innere Sicherheit“ immer weniger qualifizierte junge Menschen den Wunsch haben, den Beruf eines Polizeibeamten zu ergreifen.

Wer wichtige Zukunftsfragen zur Lebensarbeitszeit, Ruhegehaltspflichtigkeit von Zulagen oder eine verlässliche Einkommensentwicklung nicht beantwortet bekommt, schaut sich auf dem Arbeitsmarkt auch nach Alternativen um.

Ein modernes Dienstrecht kann und muss sich mit Zukunftsfragen auseinandersetzen und auf alle in einer Lebensplanung für uns wichtigen Fragen verlässliche Antworten geben können:

- **Wenn ich nicht weiß, ob ich für meine besonders belastenden Dienste auch angemessen entlohnt werde,**
- **Wenn ich nicht weiß, ob durch eine weitsichtige Personalplanung sichergestellt ist, dass meine persönliche Belas-**

tung erträglich bleibt,

- **Wenn ich nicht weiß, ob die angepriesenen Aufstiegsmöglichkeiten auch wirklich realistisch und erreichbar sind,**
 - **Wenn ich nicht weiß, ob mein Dienstherr den Willen hat, mir einen zeitgemäßen Arbeitsplatz zur Verfügung zu stellen,**
- dann wäre auch ich mir als junger Mensch nicht mehr sicher, ob der Beruf eines Polizeibeamten wirklich so erstrebenswert ist.**

Natürlich sind wir uns als Gewerkschaft darüber im Klaren, dass die politisch Handelnden nicht die gleichen inhaltlichen Vorstellungen von einem modernen Dienstrecht haben wie wir, die die Interessen unserer Kolleginnen und Kollegen vertreten.

Da aber auch Hessen sich den erforderlichen Veränderungen nicht verschließen kann, es aber in den vergangenen Jahren versäumt wurde, einige wesentliche, von der GdP immer wieder eingeforderten Reformen auf den Weg zu bringen, läuft uns hier in Hessen die Zeit

(und auch Geld) davon. In einigen Bundesländern hat es, mit Beteiligung der GdP, schon positive Veränderungen in den Dienstrechten gegeben. Hier in Hessen hat die GdP klar strukturierte Vorstellungen zu allen wichtigen und elementaren dienstrechtlich zu regelnden Festlegungen.

Im Vorgriff auf dem Weg zu einem modernen Dienstrecht haben wir als GdP alle Fraktionen im Landtag angeschrieben und gefordert, dass die keinen Aufschub duldenden Entscheidungen endlich getroffen werden müssen. Hierzu gehören unter anderem:

- **Die sofortige Wiedereinführung der Ruhegehaltspflichtigkeit unserer Polizeizulage,**
- **die unverzügliche Abkehr von einer 42-Stunden-Woche – nicht eine Minute über 40 Stunden und**
- **das Zugestehen einer Erschwerniszulage für alle operativ tätigen Einheiten und Einsatzkommandos bei der hessischen Polizei.**

GdP Hessen/LH



Der Verantwortung gerecht werden

Ende September konnte Jörg Bruchmüller die GdP-Mitglieder des höheren Dienstes im Wiesbadener Kurhaus recht zahlreich begrüßen.

Besonders begrüßte er Ltd. PD Gerd Thielmann, der an der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol) in Münster den Fachbereich „Polizeiliche Führungslehre“ leitet. In seinem anschließenden Referat stellte Gerd Thielmann die Entwicklung der DHPol und den Masterstudiengang vor.

Von der Führungsakademie zur Hochschule der Polizei

Im Jahre 2005 wurde die ehemalige Polizei-Führungsakademie als Hochschule der Polizei auf der Grundlage eines Abkommens vom Bund und den Ländern eingerichtet. Die Aufgaben der Träger werden vom Kuratorium wahrgenommen. Der Hochschule obliegt insbesondere die einheitliche Ausbildung der Beamtinnen und Beamten des höheren Polizeidienstes des Bundes und der Länder sowie deren Weiterbildung. Darüber hinaus obliegt ihr die internationale Zusammenarbeit mit den Hochschulen und Bildungseinrichtungen der Polizei. Ebenso hat sie die Aufgabe, die Polizeiwissenschaft durch Forschung, Lehre, Weiterbildung und Studium zu pflegen und zu entwickeln.

Die frühere höhere Dienst-Ausbildung ist heute der Masterstudiengang, der im Zuge des Bologna-Prozesses konsequent umgesetzt wurde und international anerkannt wird. Im zweijährigen Studium an der DHPol werden neben kriminal- und polizeiwissenschaftlichen Fächern auch Personalführung in der Polizei und die „Polizei in der Gesellschaft“ gelehrt. Wenige Wochen nach der Masterarbeit folgt die mündliche Prüfung. Der Masterstudiengang gilt als bestanden, wenn mindestens „ausreichend“ erreicht wurde.

Gewerkschaften haben eine andere Aufgabe

Im Anschluss wurde von Jörg Bruchmüller ein kurzer gewerkschaftspolitischer Situationsbericht abgegeben. Hierbei war es dem Landesvorsitzenden wichtig, die gewerkschaftspolitischen Ereignisse vor, während und nach der Landtagswahl im Januar 2008 darzustellen. Er



Ltd. PD Gerd Thielmann (links) während seines Vortrages. Im Anschluss sind zu sehen: Ralf Flohr, PP Osthessen, und Vizepräsident Uwe Brunnengräber, PP Südhessen. Rechts im Bild sind Michael Messer und Jens Mohrher vom GdP-Landesvorstand.

führte anschaulich und nachvollziehbar aus, dass die GdP keinen parteipolitischen Wahlkampf geführt habe, wie ihr das von Seiten der Landesregierung und Teilen des Landespolizeipräsidiums unterstellt worden war.

Mit Fachkompetenz und in Übereinstimmung mit bundesweit führenden Kriminologen und Jugendrichtern habe man die Debatte über die Jugendkriminalität begleitet. Dass dies der CDU-Landesregierung nicht gepasst habe, könne man nachvollziehen, ändere aber nichts an der gebotenen Aufklärung, führte Bruchmüller aus. Die GdP werde sich auch in Zukunft nicht verbiegen, sondern ihre kritische Rolle zum Wohle der Polizeibeschäftigten gegenüber allen Parteien wahrnehmen. Sehr engagiert und zum Teil kontrovers diskutierten die Teilnehmer über die Ausführungen des GdP-Landesvorsitzenden. Die Aufgabe von Gewerkschaften ist es nicht, mit der jeweiligen Landesregierung einen Schmussekurs zu fahren, sondern konsequent und zielführend die Interessen der Mitglieder zu vertreten. Dies kann mitunter zu heftigen, auch öffentlich geführten Debatten führen.

Die Rolle des höheren Dienstes

Bei der Außerdarstellung und selbstverständlich auch bei der Innenbetrach-

tung der Polizei spielt die Führungsebene eine unverzichtbare Rolle. Als Führungskräfte sind die Kolleginnen und Kollegen des höheren Dienstes integraler und politisch unabhängiger Bestandteil der Polizeiorganisation. Ihre Aufgabe ist, die regierungspolitischen Leitlinien der jeweiligen Landesregierung umzusetzen aber auch diese mit Fachkompetenz und Ehrlichkeit zu beraten. Nicht alles was gewünscht wird, ist mit den vorhandenen Mitteln machbar und leistbar.

Ausreichend und angemessen bezahlen

Den Grundsätzen der Führungslehre entsprechend hat der höhere Dienst, wie jeder Polizeibeschäftigte auch, Anspruch auf eine leistungsgerechte Besoldung, angemessene Verwendung und objektive Beurteilung. Einer willkürlichen Kategorisierung des höheren Dienstes in „förderungswürdig“ und „zurzeit nicht förderungswürdig“ ist eine klare Absage zu erteilen. In Anlehnung der Stellensituation der allgemeinen Landesverwaltung und der breit gefächerten Verantwortung im täglichen Dienst sind für die Beamtinnen und Beamten des höheren Dienstes entsprechende Planstellen bereitzustellen. Im polizeiinternen Ländervergleich und

Fortsetzung auf Seite 6



GdP DISKUTIERT MIT DEM HÖHEREN DIENST



Zahlreich waren die GdP-Mitglieder des höheren Dienstes gekommen.

Fortsetzung von Seite 5

im Vergleich mit den anderen Ressorts der hessischen Landesverwaltung besteht ein enormer Nachholbedarf.

Vorbildfunktion gerecht werden

Aber auch im gewerkschaftlichen Innenverhältnis bedarf das Selbstverständ-

nis der Führungskräfte der hessischen Polizei und der GdP der Klarstellung. Aktives Mitwirken und Gestalten in den GdP-Gremien, Fachbeiträge in den einschlägigen Zeitschriften und Fachbüchern sind unverzichtbarer Bestandteil einer qualitativ hochwertigen Führungs- und Gewerkschaftsarbeit. Neue Visionen, wie die konsequente Weiterentwicklung der zweigeteilten Laufbahn oder die

fortwährende Überprüfung und Definition der polizeilichen Ziele sind ebenso notwendig und im Interesse der Beschäftigten. Dies geht nur gemeinsam mit allen Beschäftigten! Zur Gestaltung dieser Ideenbörse sind im Besonderen die Kolleginnen und Kollegen des höheren Dienstes aufgerufen.

Fazit

Die GdP wird sich der Probleme des höheren Dienstes nicht verschließen, sondern konstruktiv an einer Verbesserung arbeiten.

Deshalb: Nur Mut – denn die Polizei braucht engagierte Führungsbeamtinnen und -beamte, die sich menschlich wie fachlich auf hohem Niveau befinden und eine überdurchschnittliche soziale Kompetenz zeigen.

GdP Hessen

SENIORENGRUPPE

Frühling an der Saar

Viertägige Busreise für Senioren im April 2009

Der Landesseniorenvorstand der GdP Hessen hat in Zusammenarbeit mit der GdP des Saarlandes für das kommende Jahr eine Busreise für Senioren (mit Partner/-in) an die Saar organisiert. Besucht wird unter anderem das alte Stahlwerk Röchling-Völklingen, ein UNESCO-Weltkulturerbe. Es geht an die Saarschleife und es wird eine Weinprobe geben. Die Übernachtung erfolgt in einem Hotel, mit dem die Saar-GdP seit Jahren zusammenarbeitet. Die Führungen wird der Bundesseniorenvorsitzende der GdP, Artur Jung, übernehmen. Er wohnt im

Saarland. Auch unser Vorstandsmitglied Hermann Müller kennt sich dort bestens aus, er ist gebürtiger Saarländer.

Bei ihm erfährt man auch nähere Einzelheiten.

Termin: 27. bis 30. April 2009.

Preis: Busfahrt, Halbpension, Doppelzimmer, etwa 200 Euro pro Person.

Haltestellen: Der Bus wird in Osthesen starten und Abholstellen haben in Kassel, Gießen, Frankfurt und Wiesbaden. Dort bestehen Zustiegemöglichkeiten.

Anmeldungen an: Hermann Müller,

Taubenbergstr. 10, 36088 Hünfeld, Tel. 0 66 52/46 22,

GdP-Geschäftsstelle Wiesbaden, Ruth Brunner, Wilhelmstr. 60a, 65183 Wiesbaden, E-Mail: rbrunner@gdp-online.de, Tel. 0 61 19/92 27 30,

Norbert Weinbach, Lindenstr. 7, 64653 Lorsch, Tel. 0 62 51/5 28 89, E-Mail: norbert.weinbach@online.de

Anmeldeschluss: 25. November 2008.

Alle Interessenten erhalten nach der Anmeldung weitere schriftliche Informationen.

Norbert Weinbach

Anmeldung für Busreise der GdP-Senioren vom 27.-30.04.2009

Name: Vorname: Geb.-tag:

Adresse: BZG:

Tel.: Fax: E-Mail:

Ort, Datum, Unterschrift.....



BEIFALL FÜR LANDESWEITE PRÄVENTIONSOFFENSIVE

GdP weist auf die fehlenden Stellen hin!

Na endlich! Die hessische Polizei startet eine landesweite Präventionsoffensive gegen Jugendgewalt und Kriminalität von Jugendlichen. Eine Stärkung der Prävention forderte die GdP bereits vor knapp einem Jahr, als in den Medien die Beispiele jugendlicher Gewalt die Bevölkerung schockten und die Vertreter gnadenloser Repression gar eine Durchgriffshaftung bis ins Kindesalter forderten.

„Wer Jugendkriminalität bekämpfen will, kann nicht das eine machen und das andere lassen“, sagt Volker Bouffier. Recht hat er, der Minister!

Und jetzt wird geklotzt! Die über 500 Präventionsprojekte in Hessen sollen vernetzt, ein „Netzwerk der Aktiven“ geknüpft und die Medienkompetenz von Eltern und Lehrern gestärkt werden. Präventionsarbeit in die Fläche tragen, heißt das Motto. Dabei erfahren besonders die Sportvereine als „das beste und effektiv-

te Mittel zur Prävention“ Unterstützung durch eine Ausweitung gewaltpräventiven Trainings.

Um das Paket an Maßnahmen umsetzen zu können, stellt der Minister sogar mehr als 90 Polizeivollzugsbeamte für die Verstärkung der Präventionsarbeit in Aussicht.

Wohl gemerkt keine freiwilligen Polizeihelfer, sondern echte Vollzugsbeamte!

Schön! Klasse! Doch woher nehmen, wenn nicht stehlen?

Da auf die Schnelle keine zusätzlichen Kräfte ausgebildet werden können und auch nicht bekannt ist, dass den Arbeitsagenturen ein Pool ausgebildeter Polizeivollzugsbeamter für die Vermittlung zur Verfügung steht, muss man leider davon ausgehen, dass die Aufstockung mit einem weiteren Aderlass in den Dienststel-

len einhergeht. Denn dort sind die erfahrenen Polizeibeamten tätig, die für diesen schwierigen Bereich benötigt werden.

Aber die fehlen dann im alltäglichen Einsatz vor Ort und die ohnehin schon gewaltige Schiefelage bei der Personalbesetzung in etlichen Dienststellen gerät allmählich zur Rutschbahn.

Selbstverständlich unterstützt die GdP den neuen Ansatz einer landesweiten Präventionsoffensive des Innenministers. Aber genauso beharrt sie darauf, anzumahnen, dass bei der hessischen Polizei ausgebildete Kräfte im vierstelligen Bereich fehlen, um alle polizeilichen Aufgaben zur Sicherheit und Zufriedenheit der hessischen Bürger erledigen zu können. Und sie wird so lange mahnen, bis dieser Missstand behoben ist, obwohl sie dafür ständig Prügel seitens der Landesregierung erhält.

Warum eigentlich?

AKTUELLES AUS DER BEPO

Bereitschaftspolizei an der Belastungsgrenze

Die Gewaltentwicklung im Fußball und bei Auseinandersetzungen zwischen Links- und Rechtsextremisten hat die Bereitschaftspolizeien der Länder an ihre Belastungsgrenze gebracht.

Die Zahl der Einsätze, bei denen sich die Länder gegenseitig unterstützen müssen, betrug im Jahr 2004 noch 41. In diesem Jahr werden es 140 sein. Mittlerweile ist jeden dritten Tag ein Bundesland nicht mehr in der Lage, das dortige Geschehen mit eigenen Polizeikräften zu bewältigen.

Fast die Hälfte aller Einsätze betreffen das Fußballgeschehen. Allein dort stiegen die Straftaten in den vergangenen fünf Jahren um über 40 Prozent.

Dringend benötigen die Bereitschaftspolizeien in Bund und Ländern eine massive Erhöhung ihrer Personalstärke. Und ausgerechnet jetzt wird in Hessen mit heißer Nadel an einer Reduzierung des Personalkörpers der Bereitschaftspolizei mit Hochdruck gearbeitet.

„Es ist unverantwortlich, wenn angesichts dieser Entwicklung einzelne Länder sogar noch über einen Abbau ihrer

geschlossenen Einheiten nachdenken“, sagte der Bundesvorsitzende Konrad Freiberg anlässlich einer Fachtagung Anfang Oktober in Bayern.

Auch die hessische Bereitschaftspolizei ist an die Grenzen ihrer Belastbarkeit gestoßen.

Die hessischen Bereitschaftspolizistinnen und -polizisten haben bereits schon jetzt, Anfang Oktober dieses Jahres, 20 Unterstützungseinsätze in benachbarte Bundesländer – zusätzlich zu ihren sonstigen innerhessischen Aufgaben – bewältigt. Und schon jetzt stehen weitere kräfteintensive Lagen, wie beispielsweise der ausstehende Castortransport, als fester Termin im Einsatzkalender.

Wer jetzt die geschlossenen Einheiten der hessischen Bereitschaftspolizei reduziert, darf sich nicht wundern, wenn kräfteintensive Lagen dann in zunehmendem Maße durch die Basisdienststellen, also die Polizeireviere und Polizeistationen, geleistet werden müssen.

Überdies wird die Fehlstellenproblematik bei der hessischen Polizei auch weiterhin ignoriert mit der Folge, dass

permanente „Zusatzdienste“ verrichtet werden müssen.

An den bereits schon jetzt über zwei Millionen geleisteten Überstunden ist die Belastung der Polizeibeschäftigten deutlich abzulesen – trotz der 42-Stunden-Woche!

ES VERSTARBEN

Erwin Helfrich
Walter Kurtz
 Kreisgruppe Marburg/Biedenkopf
Margarete Knauff
 Kreisgruppe
 Waldeck-Frankenberg
Reinhold Diegmüller
 Kreisgruppe Main-Kinzig-Kreis

Wir werden den Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren!



Henning Möller blickt auf 40 Dienstjahre zurück

40 Dienstjahre in einem Beruf und diese bei der hessischen Polizei erlebt zu haben, ist eine Erfahrung, die sicherlich auch eine Persönlichkeit mitprägt. Dies gilt auch für den Vorsitzenden des Hauptpersonalrates der hessischen Polizei, Henning Möller.

Anfang Oktober blickte der gebürtige Offenbacher zurück auf „seine erlebten“ 40 Dienstjahre. Viel passiert ist in den Jahren. Deutschland hat sich verändert, ist als Nation wieder vereint und wurde zwischenzeitlich zweimal Fußballweltmeister bei den Männern und auch zweimal bei den Frauen. Aber auch die hessische Polizei hat in dieser Zeit ein völlig anderes Gesicht bekommen. Die Uniform der Schutzpolizei wurde endlich funktional und bei den Dienstkraftfahrzeugen ist ebenfalls alles anders geworden – besser eben.

Nur das Handwerkszeug der Personalvertreter, das Hessische Personalvertretungsgesetz (HPVG), wurde in den zurückliegenden Jahren stetig beschnitten. Der Umgang zwischen Personalräten und Behörden wird zunehmend „juristischer“. Dialogbereitschaft findet nicht immer umfassend statt – was sicherlich bedauernswert ist. Zahlreiche Reformen hat es gegeben – mit mehr oder weniger Erfolg. Viele der Weggefährten in der Polizei und den Personalräten, die gemeinsam für die „Sache der Beschäftigten“ verantwortlich mitgestritten haben, sind heute schon nicht mehr da. Im Gedächtnis des Jubilars sind viele Begebenheiten aus der zurückliegenden Dienstzeit hängengeblieben, traurige und schöne Erlebnisse. Wie aus der Pistole geschossen antwortet der Jubilar auf die Frage, was ihn denn in den 40 Dienstjahren am meisten berührt habe.

Unvergesslich sind die Einsatzmaßnahmen an der Startbahn 18 West, die mit der Ermordung zweier Kollegen endeten. Zum anderen die Einführung der zweigeteilten Laufbahn für die hessische Polizei, die als absolut positiv prägendes Ereignis haftet. Weil sie wichtig und richtig war und ist!

Blicken wir kurz auf die dienstliche Vita von Henning Möller zurück:

Henning Möller begann 1968 bei der Polizei, kam 1971 zum damaligen „Überfallkommando“ beim Polizeipräsidium in



Innenminister Bouffier überreicht Henning Möller die Urkunde zum Dienstjubiläum.

Offenbach, war von 1974 bis 1979 Mitglied des örtlichen Personalrats, legte 1975 die II. Fachprüfung ab, arbeitete von 1976 bis 1978 als Dienstgruppenleiter bei der Polizeistation Langen und von 1978 bis 1979 beim 2. Revier in Offenbach. Danach leitete er das Unfallkom-

mando und wechselte 1980 als freigestelltes Mitglied in den Hauptpersonalrat. 1988 wurde er zum Vorsitzenden gewählt – und seine Fach- und Sachkompetenz trugen dazu bei, dass er bis heute dieses Amt innehat.

Innenminister kommen und gehen, so wie es der jeweilige Wählerwille anlässlich der hessischen Landtagswahlen ausdrückt. Auch die Personalvertreter bei der hessischen Polizei müssen sich bei den Personalratswahlen dem Votum der Beschäftigten stellen. Dass HeMö, wie ihn seine Freunde auch nennen, mittlerweile seit seiner 28-jährigen Tätigkeit im Innenministerium, neun Innenminister hat kommen und gehen sehen, ist sicherlich ein Beleg für seine konstante Arbeit im Gremium. Und genau dies bescheinigte ihm Innenminister Volker Bouffier, als er die Jubiläumsurkunde Anfang Oktober aushändigte. Sicherlich kann man das Amt eines Beschäftigtenvertreters erlernen – man muss aber auch dazu berufen sein!

Jens Mohrherr, Wiesbaden

IN STILLEM GEDENKEN

Nachruf zum Tod von Reinhold Diegmüller

Die Gewerkschaft der Polizei im Main-Kinzig-Kreis trauert um Reinhold Diegmüller, der am 25. 9. 2008 plötzlich und unerwartet kurz vor Vollendung seines 63. Lebensjahres verstarb.

Reinhold war nicht nur über 40 Jahre Mitglied der GdP, sondern vielmehr eine echte Säule in der ehemals noch eigenständigen Kreisgruppe Schlüchtern. Dort war er in den unterschiedlichsten Funktionen viele Jahre lang im Vorstand tätig. Mitgearbeitet hat er ferner im Be-



† Reinhold Diegmüller

zirksgruppenvorstand. Als Mitglied des Landeskontrollausschusses war er sogar im Landesvorstand der GdP aktiv.

Reinhold hat sein Herz auf der Zunge getragen. Er hat mit seiner Meinung nie hinter dem Berg gehalten. Das, was er gedacht hat oder was ihn bewegte, hat er an geeigneter Stelle auch immer klar ausgesprochen. Durch seinen Einsatz und sein großes Engagement hat er sich

Dank und hohe Anerkennung erworben. Wir trauern um einen Freund und Mitstreiter.

GdP Main-Kinzig

